

den, wenn hiedurch die Wiederbelebung versaeumt wird, arbiträr bestraft werden.

- c) Die Leichen sind nach Thunlichkeit im Sommer in einem kuehlen, im Winter in einem maeßig geheizten und oefter zu lueftenden Zimmer aufzubewahren. Um das zu fruehzeitige Begraben zu beseitigen, muß dem Ortsseelsorger von jedem Sterbefalle unverweilt Anzeige gemacht werden, und kein Verstorbner darf vor 48 Stunden, binnen welcher Frist sich untruegliche Zeichen der Verwesung einzustellen pflegen, begraben werden. Sollte der wirkliche Tod eines Menschen nicht auf diese Weise außer allem Zweifel seyn, so muß vor der Beerdigung bei dem Oberamte Anzeige gemacht, und die aerztliche Todtenbeschau veranlaßt werden. War der Verstorbene mit einer ansteckenden Krankheit behaftet, oder treten andere besondere Umstaende ein, welche ein frueheres Begrabniß erfordern, so muß dazu immer die oberamtliche Bewilligung erwirkt werden, mit welcher sich beim Pfarramte auszuweisen ist.

§ 44 *Friedhöfe*

Die Friedhoeft muessen, wo thunlich, außer der noerdlichen Ortslage angebracht werden, und mit Bedachtnahme auf die wachsende Bevölkerung, und eine staerkere Sterblichkeit bei Seuchen so groß seyn, daß vor 20 Jahren kein Grab wieder geoeffnet werden darf. Die Begrabungen der Verstorbenen hat auf allen Friedhoeften der Reihe nach zu geschehen, ...

Aktenzeichen: LRA NS 1844, ausgegeben am 1. Jaenner 1844.

Bemerkungen: Außer Kraft.

1844 März 31.

17

**Verordnung betreffend die Art und Weise der Kundmachung
der Gesetze und Verordnungen**

(Auszug)

- § 1 Das Oberamt hat dafür zu sorgen, daß jedes allgemein verbindende Gesetz und jede Verordnung an ein und demselben Tage in jeder Ortsgemeinde anlange, und sogleich den folgenden Tag kundgemacht werde, zu welchem Ende die erforderliche Anzahl der Exemplarien dem Oberamte zukommen wird.
- § 2 Von jedem derlei Gesetz hat das Oberamt nach Zulegung eines Pare in die Gesetzsammlung jedem Amtsgenossen ein unentgeldliches Exemplar, und ein solches jedem wirklich angestellten Seelsorger zur Gebrauchsnahme und Aufbewahrung zuzustellen, und wenn das Gesetz Bestimmungen enthält, zu deren Ueberwachung eigene Dienstmänner aufgestellt sind, z. B. Gesetze in Polizei- oder Forstsachen, so muß auch jedem bezüglichlichen Diener ein unentgeldliches Exemplar zu seinem Amtsgebrauche erfolgt werden.
- § 3 Gleichzeitig als die Zustellung des Gesetzes an die Ortsseelsorger geschieht,